

Johannes Rauch
Bundesminister

Herrn
Dr. Walter Rosenkranz
Präsident des Nationalrates
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2024-0.853.177

Wien, 14.1.2025

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich beantworte die an mich gerichtete schriftliche parlamentarische **Anfrage Nr. 132/J des Abgeordneten Peter Wurm** betreffend **VKI: EVN-Preiserhöhung vom 01.09.2022 unzulässig** wie folgt:

Frage 1:

- *Von wie vielen Fällen einer unzulässigen EVN-Preiserhöhung vom 01.09.2022 geht das BMSGPK bzw. der VKI aus?*

Die genaue Anzahl der betroffenen Haushalte ist meinem Ressort nicht bekannt. Laut Medienberichten wurden im ersten Halbjahr 2023 etwa 300.000 Verträge seitens der EVN Energievertrieb GmbH & Co KG gekündigt. Hierbei dürfte es sich zum Teil um die betroffene Kund:innen-Gruppe gehandelt haben.

Frage 2:

- *Hat das BMSGPK bzw. der VKI Informationen darüber, dass auch andere Energieanbieter seit 2022 unzulässige Preiserhöhungen vorgenommen haben?
a. Wenn ja, welche Energieanbieter sind das und welche Maßnahmen wurden bzw. werden dagegen konsumentenschutzpolitisch und konsumentenschutzrechtlich, etwa in Rechtsverfahren, unternommen?*

Über die Zulässigkeit oder Unzulässigkeit von Preisänderungen haben die ordentlichen Gerichte zu entscheiden. Der VKI setzte im Rahmen des BMSGPK-Klagswerksvertrags seit 2022 rechtliche Schritte gegen die Preisänderungen von mehreren Energielieferanten. Die diesbezüglichen Verfahren wurden bereits mehrmals im Rahmen der Beantwortung parlamentarischer Anfragen dargelegt und es wird regelmäßig auf der Website www.verbraucherrecht.at über abgeschlossene und anhängige Verbandsklagen, Musterprozesse und Abmahnverfahren berichtet.

Neben dem VKI wurden etwa auch die Arbeiterkammern in den Bundesländern und der Verbraucherschutzverein, aber auch einzelne Konsument:innen rechtlich aktiv und bekämpften Preisänderungen in den vergangenen Jahren. Ein vollständiger Überblick über sämtliche Aktivitäten liegt nicht vor.

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Rauch

